

## **Antwort**

### **der Bundesregierung**

#### **auf die Kleine Anfrage der Fraktion der CDU/CSU – Drucksache 20/3151 –**

#### **Stärkung der gesundheitlichen Versorgung von Frauen – Möglicher Ausbau der Maßnahmen zur Prävention und Behandlung von Endometriose**

##### Vorbemerkung der Fragesteller

Endometriose rückt immer mehr in den Fokus der Gesundheitsversorgung von Frauen. Sie ist eine der häufigsten Unterleibserkrankungen und betrifft nach neuesten Schätzungen je nach Lebensalter bis zu 15 Prozent der weiblichen Bevölkerung in Deutschland (<https://www.frauenaezrte-im-netz.de/erkrankungen/endometriose/#:~:text=Endometriose%20z%C3%A4hlt%20mit%20zu%20den,benachbarten%20Organen%20und%20Geweben%20w%C3%A4chst.>).

Endometriose ist aufgrund der Entzündungsreaktionen im Körper nicht nur schmerzhaft, sie kann auch zu Fruchtbarkeitsstörungen, Blasenproblemen oder sogar zu Darmverschlüssen führen. Diese Symptome können Frauen ganz erheblich in ihrem Alltag und ihrer Lebensplanung beeinträchtigen. Mit ihrer Vielschichtigkeit und unterschiedlich starken Ausprägung braucht es bis zur Diagnose auch heute häufig noch lange (<https://www.gesundheitsinformatio.n.de/endometriose.html>).

Die Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und SPD haben sich bereits in der 19. Wahlperiode verstärkt dieser Krankheit angenommen, beispielsweise im Bericht über die gesundheitliche Lage der Frauen in Deutschland oder in den Informationsangeboten der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung oder des Instituts für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen.

Im Koalitionsvertrag zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP findet sich zum Thema Frauengesundheit lediglich die Aussage, dass geschlechtsbezogene Unterschiede in Versorgung, Gesundheitsförderung, Prävention und Forschung berücksichtigt und Diskriminierungen abgebaut werden sollen. Zusätzlich soll die Gendermedizin Teil der medizinischen Aus-, Fort- und Weiterbildung werden.

Konkrete Vorhaben insbesondere in Bezug auf die weitere Erforschung, Prävention und Behandlung von Endometriose sind mit Ausnahme einer Spezialausgabe des Podcasts „Kinderwunschzeit“ für die Fragesteller nicht ersichtlich.

### Vorbemerkung der Bundesregierung

Der Bundesregierung ist es ein besonderes Anliegen, die von Endometriose betroffenen Frauen und Mädchen zu unterstützen. Da die Krankheit derzeit nicht heilbar ist, ist es für die Betroffenen wichtig, so gut wie möglich über ihre Krankheit informiert zu sein und auf dieser Grundlage selbstbestimmte Entscheidungen treffen zu können. Auf den Gebieten der Information und Aufklärung sowie der Diagnostik und Therapie hat die Bundesregierung seit dem Jahr 2006 viele Maßnahmen umgesetzt. Es wird auf die Antworten der Bundesregierung auf die Schriftliche Frage 67 der Abgeordneten Dr. Kirsten Kappert-Gonthier auf Bundestagsdrucksache 19/32692 sowie auf die Schriftliche Frage 83 der Abgeordneten Emmi Zeulner auf Bundestagsdrucksache 20/1817 verwiesen. Jedoch sind die Ursachen für die Entstehung von Endometriose bis heute weitgehend unbekannt. In internationalen Forschungsnetzwerken wurden aufgrund von Studien verschiedene Theorien entwickelt, die aber weiterer Beforschung bedürfen, um zu aussagekräftigen Ergebnissen zu führen. Die Grundlagenforschung zu Endometriose ist deshalb eine wichtige Voraussetzung für eine zielgerichtete Ausweitung der Präventions- und Behandlungsmöglichkeiten.

1. Hat die Bundesregierung in Bezug auf die Erforschung, Prävention und Behandlung von Endometriose in ihrer Regierungszeit bislang konkrete Maßnahmen unternommen, und wenn ja, welche?

Bei der Endometriose handelt es sich um eine nichtübertragbare Erkrankung, für die noch keine Prävention oder ursächliche Therapie bekannt ist. Gleichwohl gibt es zahlreiche Aufklärungs- und Behandlungsangebote, spezialisierte Zentren und Behandlungsleitlinien, die eine Versorgung nach dem aktuellen Stand der Wissenschaft gewährleisten.

Um weitere Fortschritte im Verständnis der Endometriose zu erzielen, ist der Beitrag der Gesundheitsforschung unerlässlich. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) fördert medizinische Forschung auf der Grundlage des Rahmenprogramms Gesundheitsforschung der Bundesregierung. In der Regel handelt es sich bezüglich der Krankheitsbilder um themenoffene Fördermaßnahmen, die nicht auf einzelne Krankheitsbilder fokussieren, sondern übergeordnete Themenkomplexe adressieren. Diese Fördermaßnahmen, zum Beispiel zu Pathomechanismen, Systemmedizin und Biomedizin, personalisierter Medizin, Medizintechnikforschung, klinischen Studien und Versorgungsforschung sind grundsätzlich auch für Forschungsanträge zu Endometriose zugänglich. Den Forschenden steht es offen, künftig im vermehrten Maße qualitativ hochwertige Forschungsanträge zum Thema Endometriose einzureichen und so zur Verbesserung der Forschungslage beizutragen.

2. Gegebenenfalls welche der in Frage 1 genannten Maßnahmen gehen auf Initiativen in der 19. Wahlperiode der Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und SPD bzw. der vorherigen Bundesregierung zurück, und bei welchen der in Frage 1 genannten Vorhaben handelt es sich um originäre Vorhaben der derzeitigen Bundesregierung?

Die Bundesregierung bemüht sich seit 2006 kontinuierlich um eine Verbesserung der Situation von Endometriose-Patientinnen. Die in der Einleitung von den Fragestellern genannten Maßnahmen des BMG und seiner nachgeordneten Behörden, die teilweise in die vergangene Legislaturperiode fallen, teilweise auch weit vor ihr initiiert wurden, leisten hierzu einen Beitrag.

3. Sind Maßnahmen und Initiativen in Bezug auf Endometriose im kommenden Jahr konkret geplant, und wenn ja, welche (bitte konkret unter Angabe der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel aufschlüsseln)?
5. Plant die Bundesregierung, neben Änderungen bei der medizinischen Ausbildung auch Frauen selbst über das Krankheitsbild besser aufzuklären und damit zusammenhängende Stigmata abzubauen, und wenn ja, wie?
6. Plant die Bundesregierung eine nationale Strategie für Endometriose, und wenn ja, was wird diese Strategie beinhalten?  
Wenn nein, warum nicht?

Die Fragen 3, 5 und 6 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Die Bundesregierung hat bereits viele Maßnahmen umgesetzt, die zur Verbesserung der Information und Aufklärung sowie zur Verbesserung der Diagnostik und Therapie der Endometriose beitragen. Die Bundesregierung wird ihre Angebote laufend an mögliche neue Erkenntnisse zu Ursachen, Behandlung und Prävention anpassen.

4. Plant die Bundesregierung, Endometriose als lebens einschränkende Krankheit anzuerkennen, und wenn nein, warum nicht?

Es steht außer Frage, dass Endometriose für die betroffenen Frauen und Mädchen mit starken Belastungen verbunden ist. Eine Anerkennung „lebens einschränkende Krankheiten“ kennt das Sozialrecht aber nicht und es erschließt sich nicht, welche Vorteile oder Ansprüche dies für die Betroffenen mit sich bringen sollte.

7. Plant die Bundesregierung eine frühzeitige Aufklärung in schulischen Einrichtungen, und wenn ja, in welcher Ausgestaltung, und ab wann?  
Wenn nein, warum nicht?

Die Kompetenz für die Lehrinhalte an Schulen liegt bei den Ländern.

8. Wie viele Haushaltsmittel sind für das Jahr 2023 sowie für die kommenden Jahre 2024 bis 2026 für Forschung, Prävention und Behandlung von Endometriose eingeplant bzw. vorgesehen, und wie sollen diese finanziert bzw. gegenfinanziert werden?

Die Forschungsmittel für das Jahr 2023 sowie für die Folgejahre sind noch nicht ausgewiesen.

Versicherte der gesetzlichen Krankenversicherung haben gemäß § 27 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch (SGB V) einen Anspruch auf Krankenbehandlung, soweit diese notwendig ist, um eine Krankheit zu erkennen, zu heilen, ihre Verschlimmerung zu verhüten oder Krankenbeschwerden zu lindern. Dies schließt die Diagnose und Behandlung der Endometriose, aber auch von psychischen Störungen und Erkrankungen im Kontext einer Endometriose ein. Bundesmittel sind hierfür nicht vorzusehen.

